

Marzahn- Hellersdorf **links**

20. Jahrgang / Juli - August 2010

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Arbeit muss sich lohnen! - Oft gehört! Und wie sieht es in der Realität aus? Nur ein Beispiel? Nein, gewiss das Schicksal vieler Menschen, das Karin Dalhus uns hier an ihrem ganz persönlichen beschreibt. Seite 2

Programmdebatte der LINKEN. Sie findet auf ganz unterschiedliche Weise statt. Zu einer Diskussion hatte Petra Pau eingeladen. Auch im Bezirksvorstand ging es thematisch zur Sache. Worum es ging? Das ist nachzulesen auf den Seiten 3 und 6

Zu Gast in Israel war Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle und schildert uns hier ganz aktuell ihre Eindrücke, die sie mit anderen Gästen aus Deutschland in Jerusalem erhielt. Das dortige Engagement erinnert auch an hiesige Initiativen Seite 5

Das darf sich nicht wiederholen - niemals und nirgendwo!

Am 13. Juni wurde auf dem Parkfriedhof Marzahn und auf dem „Otto-Rosenberg-Platz“ der im sogenannten Zigeuner-Lager während der NS-Zeit internierten und später in KZs deportierten Berliner Sinti und Roma gedacht.

Wir dokumentieren die Ansprache von Petra Pau, Wahlkreisabgeordnete und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags:

„Ich will eine kurze Geschichte erzählen, weil ich finde, dass sie genau hier erzählt werden sollte. Vor kurzem war ich in Ungarn. Mein Besuch begann in einem Dorf.

Dort wurde vor Jahresfrist das Haus einer Familie angezündet. Als der Vater mit seinem fünfjährigen Sohn dem Inferno entkommen wollte, wurden beide von Neo-Nazis erschossen. Sie waren Roma. In Ungarn wurden im vergangenen Jahr elf Roma ermordet, weil sie Roma waren.



In dem Dorf „Das darf sich nicht wiederholen!“ Mahnende Worte von Petra Pau auf der Gedenkveranstaltung im Juni.

Foto: R. Schilling

gemeinsam mit der deutschen Botschafterin in Ungarn, mit dem Zentralrat deutscher Sinti und Roma, mit Vertretern des DFB. Junge Leute, Freiwillige aus Bulgarien, Deutschland und Polen, bringen derzeit das Haus der Familie Szorba in einen bewohnbaren Zustand. Dafür wurden sie von DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger zum Länderspiel Ungarn-Deutschland eingeladen. Im Stadion waren rund 10.000 Zuschauer.

Ungarn hat große Probleme: finanzielle, soziale, gesellschaftliche - zunehmende Probleme. Viele Ungarn fühlen sich abgehängt und ohnmächtig. Wo sich Probleme derart häufen, da werden Schuldige gesucht. In Ungarn sind es vor allem zwei Schuldige. Und viele Medien bedienen die Klischees. Die Bedrohung von Oben kommt vom Finanzkapital, also von Juden. Die Bedrohung von

Unten kommt von faulen Kriminellen, also von Roma.

Diese schlimme Beschreibung wurde uns von jüdischen Jugendlichen bestätigt. Angst grassiert in der jüdischen Gesellschaft - ebenso bei Roma. Ich wollte diese Erlebnisse hier erzählen. Weil: Es ist gut und richtig, dass wir heute erneut an das erinnern, was in der NS-Zeit vor rund 70 Jahren geschah. Noch wichtiger ist es aber, alles Erdenkliche dafür zu tun, das sich so etwas niemals und nirgendwo wiederholt. Die Gefahr ist real.“

Was gibt's noch?

Seite 2:

- Arbeit muss sich lohnen ... Oder?
- Bin ich Migrant genug?

Seite 3:

- Petra Pau: Donnerwetter: Gysi der Terrorist
- Ist der Kapitalismus am Ende?

Seite 4:

- Infosplitter
- Das „gläserne Rathaus“ live
- Aus dem Leben gegriffen

Seite 5:

- Intellektuelle in den Wirren der Nachkriegszeit
- Dagmar Pohle zu Gast in Israel

Seite 6:

- Aus dem Bezirksvorstand
- Programmdiskussion in Marzahn-Nord
- Aus den Siedlungsgebieten

Seite 7:

- Jugendseite

Seite 8:

- Tipps und Termine
- Hinten links

DIE LINKE.

„Arbeit muss sich lohnen!“ - „Sozial ist, was Arbeit schafft!“ Oder?

Seit fast 20 Jahren bin ich arbeitssuchend und befristet in Vollzeit erwerbstätig: 14, 12, sechs, drei Monate. Arbeitslosenversichert, nicht arbeitslosenversichert. Arbeitssuchend- und Arbeitslosmeldungen bei Agenturen für Arbeit oder beim Jobcenter, Bezüge von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Arbeitslosengeld II. Schwankungen im Bruttoeinkommen und zwischen Einkommen und Transferleistungen um 60 Prozent.

Arbeitslosengeld mit und Arbeitslosengeld ohne Wohngeld. Abonnements und Versicherungen sind gekündigt, PKW ist entsorgt. Reisen sind Geschichte, Fahrten im Inland und Umweltkarte nicht bezahlbar. Kein Vermögen, kein Schonvermögen, kein Guthaben, Schulden.

Interessen und Neigungen können mit anderen Menschen selten geteilt werden. Anschaffungen und Reparaturen sind nicht möglich. Arztbesuche und Medikamente werden wegen Probezeiten, Praxisgebühr und Zuzahlung vermieden, Fahrkosten für öffentliche Verkehrsmittel beschränkt, der Friseur hinausgezögert.

Intensive Arbeitssuche, postalisch angeforderte Bewerbungsunterlagen, Vorstellungsgespräche werden so zum Luxus. Kosten für Bewerbungen werden erstattet, wenn man zuvor einen Antrag gestellt

hat. Aber: Sie müssen verauslagt werden. Wovon? Es geht also nicht nur um eine immer geringer werdende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, es geht auch und vor allem um die ureigenste Angelegenheit eines seinen Arbeitsplatz Losgewordenen und einen neuen Suchenden, dieser Pflicht nachkommen zu können.

Nach fünf Monaten erneuter Arbeitssuche und Arbeitslosigkeit habe ich die Möglichkeit, bei meinem 15. Arbeitgeber seit 1990 wieder eine befristete Tätigkeit aufzunehmen. Das Problem: Sowohl das Arbeitslosengeld als auch das erste Gehalt werden nicht für den vollständigen Monat und nicht zum selben Stichtag gezahlt. Wie Miete, Strom, GEZ-Gebühr, Telefon- und Internetanschluss, Hausratversicherung, Mitgliedsbeiträge ohne Kontendeckung abbuchen lassen? Was bleibt übrig für Körperpflege, Ernährung, Kleidung und Fahrkosten zum Arbeitsplatz?

In der Agentur für Arbeit erfahre ich, dass ich mich an das JobCenter wenden muss. Antrag zur Grundsicherung für erwerbsfähige Hilfebedürftige! Antragstellung: „Sind Sie ledig oder geschieden? Leben Sie allein?“ Arbeitsvermittlung: „Ich muss mit Ihnen eine Eingliederungsvereinbarung abschließen.“ Obwohl ich meinen Arbeitsvertrag und eine Eingliederungsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit

habe. Das Jobcenter will Nachweise, dass ich hilfebedürftig bin, u. a. eine schriftliche Erklärung, wovon ich lebe. Obwohl Kopien der Kontoauszüge der letzten drei Monate beizubringen sind.

Zur Kopie des Personalausweises, des Mietvertrages, der Mieterhöhungserklärung und der o. g. Kontoauszugskopie muss ich vom Bürgeramt eine polizeiliche Anmeldebestätigung einholen. Wozu?

Den Berlinpass erhalten erwerbsfähige Hilfebedürftige ebenfalls vom Bürgeramt nach Vorlage des Personalausweises, des Bewilligungsbescheides für den Bezug von Arbeitslosengeld II und der Vorlage eines Passfotos. Wozu ein Passfoto? Warum reicht nicht ein Bewerbungsfoto, von dem ein Arbeitssuchender etliche besitzen müsste? Ein Passfoto allein? Nein, der Fotograf freut sich: Vier Passfotos für acht Euro. Das lohnt sich! Das schafft Arbeit! Für Agenturen für Arbeit, private Arbeitsvermittler, JobCenter, Bürgerämter, Fotografen und Friseure, BVG und S-Bahn Berlin GmbH, Filialen der Deutschen Post AG und Copyshops. Und für mich. Glück auf!

Karin Dalhus, 59 Jahre alt
Diplompädagogin
Sozialpädagogin/Sozialarbeiterin

Bin ich Migrant genug?

Am 28. Mai traf sich der 2. Landesausschuss zu seiner zweiten Sitzung. Ein Punkt auf der Tagesordnung war die Integrationspolitik. Den Mitgliedern des Landesausschusses lag dazu eine Diskussionsgrundlage vor, die auch im Internet nachzulesen ist.

Im Laufe der Debatte schlich sich mir wieder die Frage in den Kopf, die ich mir in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder gestellt habe, wenn über das Thema Integration gesprochen wurde: Bin ich Migrant genug? In den Debatten geht es immer wieder darum, Migranten Ausbildungsmöglichkeiten zu eröffnen, indem Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz als Qualifikationen anerkannt werden. Es ging dabei meist auch implizit um den Ausgleich von Defiziten, besonders von sprachlichen und schulischen. Ich finde mich als Migrant in dieser Debatte nicht wieder.

Ich bin in Leipzig geboren. Ich bin in Marzahn aufgewachsen. In der Schule war ich die meiste Zeit der einzige Schüler mit einem nichtdeutschen Migrationshintergrund. Meine Fremdsprachen habe ich in der Schule gelernt. Inzwischen habe ich einen Hochschulabschluss als Historiker. Meine einzigen Probleme mit der deutschen Sprache sind, dass ich als geborener Sachse G und K nur

schwer unterscheiden kann ... und manchmal nicht weiß, wann ich besser die Klappe halten sollte. Entsprechend hat mein Migrationshintergrund in der Vergangenheit für mein Selbstverständnis keine primäre Rolle gespielt. Inzwischen drängt er sich aber zunehmend in mein Bewusstsein. Nach fast drei Jahren fruchtloser Bewerbungen und mit Blick auf die Zusammensetzung der Historikerzunft in Deutschland stellt sich mir immer öfter die Frage, ob es an meinen fachlichen Qualifikationen liegt? Oder steht auf meinen Bewerbungen der „falsche“ Name? Oder ist mein Bewerbungsfoto nicht mitteleuropäisch genug.

Ich bin sicherlich nicht repräsentativ für die Migrantinnen und Migranten in Deutschland, doch gibt es nichtsdestotrotz viele, die sich in einer ähnlichen Lage befinden. Obwohl sie nach allen Kriterien als integriert gelten könnten, fühlen sie sich von der deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht angenommen oder zweifeln zumindest bezüglich der Reichweite der Akzeptanz. Integration ist eine beidseitige Sache und nur bis zu einem bestimmten Punkt durch staatliches Handeln beeinflussbar: am Ende ist der Personalchef oder die Vermieterin oder die Sachbearbeiterin in der Bank eben allein mit der Bewerbungsmappe und niemand kann ihnen in den Kopf gucken. Die Diskussionsgrundlage für

den Landesausschuss hat auch diesen Aspekt der Integration berücksichtigt. Leider spielte er aber in der Diskussion bisher keine Rolle. Ich hoffe, dass sich dies in Zukunft ändern wird, insbesondere, da sich auch für unsere Partei daraus Aufgaben ableiten lassen, die über legislativ-parlamentarische hinausgehen.

Hassan Metwally

Neues Längenmaß

Ein Gauck ist Lichtjahrentfernung von richtiger Diktaturdefinition

wer Weltraumöde im Kopf hat nennt wegen weniger politischer Krater einen Staat diktatorisch in dem Sozialsonne schien Friedenstauben gezüchtet wurden Bildungs-Wege schlaglöcherfrei waren

Jürgen Riedel

Sein letzter Lyrikband „Wortbilder VI“ erschien in der edition fischer des R.G. Fischer Verlags, ISBN 978-3-8301-0547-3

Ist der Kapitalismus am Ende?

Das zweite Kapitel des Programmentwurfs der LINKEN ist überschrieben „Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation“. Nun sind die Krisen des Kapitalismus ja für viele Menschen wirklich „hautnah“ erlebbar. Kein Wunder also, dass es Diskussionen darüber gibt, wie unsere Partei diese Entwicklung einschätzt. Auch der Bezirksvorstand hat sich damit beschäftigt.

Der Programmentwurf schildert ausführlich und umfassend die krisenhafte Entwicklung der „modernen“ kapitalistischen Gesellschaft. Den angeführten Fakten und Bewertungen kann man sicher zustimmen. Das Problem liegt für mich in einer gewissen Einseitigkeit der Darstellung. Es soll und kann nicht darum gehen, den Kapitalismus in irgendeiner Weise „schönzureden“ – da ist nichts schönzureden. Der Entwurf macht ja deutlich, dass das Ziel der LINKEN ein Systemwechsel ist, wir wollen eine andere Gesellschaft, die der Entwurf „Gesellschaft des demokratischen Sozialismus“ nennt. Auch wenn wir diese Gesellschaft und den Weg dorthin noch nicht genau beschreiben können – sie wird auf dem aufbauen, was die Menschheit in ihrer bisherigen Entwicklung, auch im Kapitalismus, geschaffen hat. Der Entwurf verweist an mehreren Stellen darauf, dass der Kapitalismus Leistungen gebracht hat, die objektiv die Menschheit vorangebracht haben: er „treibt Produktivität, Erfindungsgeist und Innovation an“, er hat „in vielen Ländern den Wohlstand der Bevölkerung erhöht“, er hat „die technologischen Voraussetzungen geschaffen, um Armut für immer zu überwinden“. Das ist alles richtig, aber im gesamten Text verschwindet das in einer Art „Untergangsszenario“ – jedenfalls könnte man es so interpretieren. „Mit dieser Krise (gemeint ist die aktuelle Kri-

se) ist ein globales Modell an seine Grenzen gelangt...“ Solche „Endzeitgedanken“ sind ja nicht neu. Rosa Luxemburg schrieb 1913 von der „Schlußphase des Kapitalismus“, die etwas Älteren entsinnen sich vielleicht auch, dass wir schon mal in der „Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“ gelebt haben. Ich schiebe diese Überlegungen nicht leichtfertig beiseite. Bei Rosa Luxemburg sollte man beispielsweise nicht nur die drei Worte zitieren, sondern den Zusammenhang beachten – sie war zu klug, um nicht zu sehen, dass es nicht darum geht, dass dieser „Endpunkt pedantisch erreicht werden muss“, es gehe auch um die „Tendenz zu diesem Endziel“ – und die gibt es ja wohl. Aber wir sollten doch heute wissen, dass der Kapitalismus trotz der Krise (noch) nicht „am Ende“ ist. Und das bedeutet, dass wir zunächst weiter mit dieser Gesellschaft, in dieser Gesellschaft leben werden und auch deren Potenzen nutzen müssen. Ein Zusammenbruch des Bankensystems beispielsweise wäre keineswegs ein „Glücksfall“, sondern für viele Menschen eine Katastrophe. Eigenheimbesitzer würden ihr Haus verlieren, kleine und mittlere Betriebe gingen zugrunde. Wir wissen – leider – noch nicht, wie wir die „Gesellschaft des demokratischen Sozialismus“ schaffen können, aber wohl nicht auf dem Weg des Zusammenbruchs lebenswichtiger gesellschaftlicher Strukturen. Und wenn auch richtig festgestellt wird: „Der Kapitalismus ... unterminiert auch die produktiven Grundlagen der Ökonomie“ – er schafft aber auch die ökonomischen Grundlagen, auf denen sich gesellschaftliche Veränderungen in Richtung Sozialismus vollziehen werden. Ein wenig mehr Dialektik könnte hier nicht schaden.

Bernd Preußer

Journalisten- erkundungstour

Die Bäume bleiben natürlich, aber ansonsten wird auch der Fritz-Lang-Platz bald ein einladenderes Gesicht haben.

Das erfahren die Journalisten von Centermanager Sören Sydow auf dem Balkon des Kulinariums der Hellen Passage, bevor es auf die Fahrt durch den Bezirk ging.

Bürgermeisterin Dagmar Pohle an der Spitze des Trosses, ging es dann los auf die diesjährige Journalistentour per Bus und per Fuß. Erste Station: die künftige erste Gemeinschaftsschule des Bezirks, die Wolfgang-Amadeus-Mozart-Schule. Frau Stottmayer, die Direktorin, führte die Journalistenschar durch die Schule, auch über noch manche Baustelle, und war sichtlich stolz auf die umfangreichen Sanierungen und Modernisierungen, für die insgesamt 3,5 Mio. Euro, davon 1,73 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket II aufgewendet wurden.

Auch bei der zweiten künftigen Gemeinschaftsschule, entstanden aus der Fusion der bisherigen Thüringen-Oberschule mit der Bruno-Bettelheim-Grundschule, konnten sich die Gäste davon überzeugen, dass der Bezirk das Thema Bildung ernst nimmt: 5,9 Mio. Euro, davon 3,22 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket II, wurden und werden hier investiert.

Und dass Bildung nicht erst in der Schule beginnt, sondern schon bei den ganz Kleinen – zuerst einmal zu Hause bei verantwortungsbewussten Muttis und Vatis –, aber eben auch vor allem in gut geführten Kindertagesstätten, die auch entsprechend ausgestattet sind, zeigte sich beim Besuch der ersten neu erbauten Kita im Biesdorfer Grabensprung. Sie wird noch in diesem Jahr eröffnet, hier wurden trotz immer noch knapper Kassen im Bezirkshaushalt insgesamt 2,396 Mio. Euro investiert.

Viel Neues und Wissenswertes erfuhren die Journalisten noch bei den Fahrten durch den Bezirk, so u.a. bei der Fahrt durch das Gewerbeband vorbei am künftigen Clean Tech Business Park an der Wolfener Straße.

Und schließlich beim Abschlussgespräch in der kühlen „Mulackritze“ im Gründerzeitmuseum verkündete die Bürgermeisterin



dann noch die Entscheidung über ein **neues Signet** (siehe Abbildung) des Bezirks, an dessen Auswahl sich mehr als 300 Bürgerinnen und Bürger beteiligt hatten.

Horst Schubert

Petra Pau (MdB):

Donnerwetter: Gysi, der Terrorist

Das war schon bemerkenswert oder erhellend oder dreist. Am 11. Juni meldeten die Nachrichten: „Das Sparpaket des Merkel-Kabinetts steht!“ Tags darauf kritisierte Gregor Gysi für die Fraktion DIE LINKE, die Bundesregierung lege die Axt an die Wurzeln des Sozialstaates. Das ZDF konterte: „Gysi spaltet verantwortungslos die Gesellschaft!“ So weit, so gewohnt.

Neu war: Der Kommentator war Elmar Theveßen. Seit Jahren wird er vom ZDF als „Terrorismus-Experte“ ausgestrahlt – zuständig für Schurkenstaaten, Taliban und Osama Bin Laden. Unentwegt darf er seither bedeutungsschwanger fordern, dass noch mehr Überwachung gut tut und dass verbriefte Bürgerrechte nur die allseits bedrohte Sicherheit stören.

Nun sind das ZDF und Elmar Theveßen offenbar zum eigentlichen Kern des Bösen vorgestoßen: Der Feind steht im eigenen Land – DIE LINKE und Gregor Gysi – eine Schurkenpartei und ihr Spitzenterrorist. Überwacht sie – streng!

Diese Sub-Botschaft ist gleichwohl ein Langweiler. Ich klage – wie andere der LINKEN auch – seit Jahren gegen die Bundesrepublik Deutschland. Daher weiß ich: Die Überwachungs-Akten des Verfassungsschutzes über mich füllen Bände.

Einer der hoch-wichtigen, mahnenden Einträge, die mich als gefährlich markieren, lautet übrigens: „Am 7. April 2006 wurde Petra Pau zur Vize-Präsidentin des Bundestags gewählt.“ Donnerwetter!

Infosplitter

Senioren-BVV

Die diesjährige Senioren-BVV fand am 17.06.2010 im Ratssaal im Rathaus Helle Mitte statt. Diese war von den Mitgliedern der Seniorenvertretung und dem Vorstand der BVV vorbereitet worden. Zahlreiche Verordnete der BVV sowie Mitarbeiter/innen des Bezirksamtes und von Einrichtungen im Bezirk nahmen teil. Auf Wunsch der Vertreter/innen der Seniorenvertretung war die Veranstaltung als Fragestunde an das Bezirksamt und die BVV vorbereitet worden. Nach der Begrüßung durch BVV-Vorsteherin Petra Wermke und Regina Saeger (Vorsitzende der Seniorenvertretung) beantworteten Bürgermeisterin Dagmar Pohle und die Stadträte Manuela Schmidt, Stefan Komoß und Christian Gräff zunächst die schriftlich eingereichten Fragen. Diese reichten von Rentenangleichung Ost und West, Mindestlohn im Bezirk, über Kulturangebote für Senioren/innen im Bezirk, Arbeitsweise der Pflegestützpunkte, Angebote der Stadtteilzentren an Wochenenden, Verkehrsfragen (Linienführung 195-Bus, Bordsteinabsenkungen, schlechter Zustand von Gehwegen, Fußgängerbrücke am S-Bahnhof Marzahn), bis hin zu Fragen nach dem Sanierungsstand der beiden Hochhäuser an der Hellersdorfer Straße und der Frage, was passiert mit der ehemaligen Gaststätte am FFM. Auch in der Diskussion wurden weitere Fragen gestellt, so nach der Zukunft des Wernerbad. Bürgermeisterin und Stadträte sowie Mitarbeiter des Amtes und von Stadtteilzentren gaben kompetent Auskunft, nicht

in jedem Falle konnte eine Lösung des Problems zugesichert werden.

Grundsteinlegung

Der Baufortschritt am Helene-Weigel-Platz ist erkennbar, trotzdem fand erst am 9.6.2010 die *Grundsteinlegung* für den Gesamtkomplex statt - siehe Foto. Vertreter des Bauherren (TLG-Immobilien) bedankten sich für die



gute Zusammenarbeit bei Bürgermeisterin Dagmar Pohle und Bezirksstadtrat Norbert Lütke bei Helfried Kreuzer (Bürgerinitiative). Die ersten Geschäfte sollen bis Ende des Jahres bezugsfertig sein, Kaiser's, eine Apotheke und eine Zahnklinik werden in den neuen Gebäudekomplex einziehen.

„Mufus“ in der Schorfheidestraße

Der Stadtumbau Ost mit Bundesmitteln ist zumindest in unserem Bezirk abgeschlossen.

Nach dem Abriss von Wohnhäusern in der Schorfheide- und Kölpilner/Golliner Straße wurden Hügel aufgeschüttet und Hirsche aufgestellt, um es wie in der Schorfheide aussehen zu lassen. Ende Mai wurden als letzte Objekte die Multifunktionsboxen (Mufus) an Anwohner übergeben. Alle noch strahlend weiß getüncht und wie eine Herde Schafe angeordnet. Die Mufus können für verschiedene Zwecke, auch als Garagen, genutzt werden.

Standumbau anderswo

Während im Schorfheideviertel die Arbeiten abgeschlossen sind, findet gerade der Abriss der Kaufhalle und des südlichen Teils der Ringkolonnaden statt. Die Fläche der abgerissenen Kita in der Max-Herrmann-Straße wird gerade für die Erweiterung des Schulhofes der Karl-Friedrich-Friesen-Grundschule umgebaut. Da, wo der große Wohnblock in der Ludwig-Renn-Straße

gestanden hat, sind jetzt Grünfläche, Rosen und Sträucher, viel Rasen und im Moment eine schöne Blumenwiese. Die Hochhäuser an der Hellersdorfer Straße werden saniert, auch wenn es ab und zu so aussieht als passiere nichts. In einem der beiden Häuser sind die Fenster erneuert und eingedämmt ist es auch schon. Aber es dauert noch.

Text und Foto:

Renate Schilling

Das „gläserne Rathaus“ live!

BVV beschließt Übertragung der Sitzungen ins Internet

Die letzte Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause war gewohnt kurz. Die Verordneten hatten sich noch einige spannende Themen vorgenommen, die es vor den Ferien zu beraten galt.

Die BVV beschloss unter anderem einen Antrag der Linksfraktion, die Ausbildungsplätze des Bezirksamtes zu erhöhen. Marzahn-Hellersdorf bietet bislang weniger Ausbildungen als beispielsweise Lichtenberg an.

Weitere Themenschwerpunkte waren das Entwicklungsgebiet an der Hönower Str./B1 in Mahlsdorf, die Stärkung des Gemeinschaftsschulprojektes an der Thüringenschule sowie Baumpflanzungen und Fällungen im Bezirk.

Ich erkundigte mich für die Linksfraktion nach der aktuellen Situation des ehemaligen Kino Sojus. Das Gebäude wurde erneut veräußert. DIE LINKE hatte bereits nach Schließung des Kinos vom Bezirksamt gefordert, sich für den Erhalt des Gebäudes einzusetzen. Der bekannte Rote Stern sowie die Leuchtschrift sollten, wenn möglich, im Bezirksmuseum gesichert werden, falls die neue Eigentüme-

rln diese nicht erhalten wolle. Das Kino ist seit seiner Eröffnung vor 29 Jahren zu einem Stück Geschichte des Stadtbezirkes geworden.

Einen Höhepunkt der Sitzung bildete die Behandlung des Antrages zur Übertragung der BVV-Sitzungen ins Internet. Seit November 2009 hatte der Hauptausschuss diesen beraten und mehrfach vertagt. Aus der ursprünglichen Fassung war nunmehr ein von der Mehrheit der Fraktionen mehr oder weniger getragener Kompromiss geworden, der eine Verständigung im Ältestenrat zur Übertragung ausgewählter Debatten vorsah. Bündnis 90 / Die Grünen ermöglichten mit einem Änderungsantrag die alternative Abstimmung zwischen der ursprünglichen Intention die Sitzungen komplett zu übertragen und dem besagten Kompromiss. In geheimer Abstimmung entschied sich eine große Mehrheit von 34 Ja Stimmen, 9 Nein Stimmen und 2 Enthaltungen für diesen Änderungsantrag und damit für die vollständige Live-Übertragung der BVV – bislang einmalig in Berlin.

Bjoern Tielebein

Post an uns:

Aus dem Leben gegriffen

Kleine Episoden vom Info-Stand der LINKEN in der Marzahner Promenade im Juni. Allmonatlich stehen sie dort, die Mitglieder der Basisgruppe 32:

1. Ich preise lautstark unsere Zeitung an. Ein Mann kommt auf mich zu und sagt: „Ich würde ja eine Zeitung nehmen, dann muss aber DIE LINKE mich zum Bundespräsidenten vorschlagen“.

2. „Bodo, kannst Du nicht einmal für einen Moment auf meine Hunde aufpassen?“

Zwei kleine Kuschelhunde. Ich band sie, nach einem Kuscheln, an unserem Stand fest. Sie legten sich und schauten hingebungsvoll, zum Vergnügen der vorbeigehenden Anwohner zu, wie ich weitere Zeitungen verteilte.

Bodo Lützenberg

Basisgruppe 32

Marzahner Promenade

Intellektuelle in den Wirren der Nachkriegszeit

Am 8. Juni brachte Prof. Siegfried Prokop die Freunde der Veranstaltungsreihe im KulturGut Marzahn zu einem vielschichtigen historischen Thema zusammen: das Verhältnis von Geist und Macht, von Theorie und Praxis, von Wissenschaft und Politik und ihren sozialen Trägern.

Die Untersuchung dieser Fragen ist Prokops großes Thema seit den 1980er Jahren. Seine Quellenforschung widmete sich der Zeit von 1945 - 1961, wovon er jetzt den ersten Teil 1945 - 1955 als Buch zur Diskussion stellte. Er ging u.a. der brisanten Frage nach, ob und wie es gelingen konnte, eine antifaschistisch-progressive Intelligenz zu entwickeln, mit deren Hilfe das Gift der faschistischen Ideologie aus den Köpfen der Menschen vertrieben werden konnte.

Wir wissen, der 1. Schritt gelang zu einem großen Teil und unter ebenso großen Schwierigkeiten: In kurzer Zeit notdürftig ausgebildete Neulehrer übernahmen in Stadt und Land die Bildung der jungen Generation; Volksrichter- und -staatsanwälte bauten eine antifaschistische Justiz auf. Mitglieder und Aktivisten der NSDAP konnten so vollständig aus Volksbildung und Justiz entfernt werden. Aber andere Flügel der alten Intelligenz waren kaum in kurzer Zeit ersetzbar: belastete Ärzte, Techniker und Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen. Diese durch die Realitäten des Lebens aufge-

zwungenen Inkonsequenzen beim Aufbau der neuen Ordnung hatten eine Langzeitwirkung. Dieser Sachverhalt beeinflusste mit Sicherheit auch den 2. Schritt - der Sieg über die verschiedenen Couleurs faschistischer Ideologie gelang nur unvollkommen.

Die ambivalente Haltung von Teilen der alten Intelligenz (vor allem der technisch-naturwissenschaftlichen) zur gesellschaftlichen Umwälzung 1945 ff. war auch eine der Ursachen des in der SED-Führung nie ganz besieigten Misstrauens gegenüber der gesamten sozialen Schicht der Intelligenz. Auch gegenüber einer im ganzen volksdemokratischen Lager einmaligen Massenorganisation - dem im Juli 1945 von Joh. R. Becher gegründeten „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“. Dieser wandte sich an alle fortschrittlichen Intellektuellen, am demokratischen Neuaufbau und an der Erneuerung der deutschen Kultur mit zu wirken. Er fand breite Zustimmung. Der zurückgekehrte weltbekannte Schriftsteller Bernhard Kellermann sprach dem Kulturbund sogar die Rolle eines „geistigen und kulturellen Parlaments“ zu.

Zu Beginn der 1950er Jahre spitzte sich vor dem Hintergrund der Schauprozesse in anderen volksdemokratischen Ländern das Verhältnis zwischen politischer Führung und Intelligenz zu. Besonders schmerzhaft sind die nicht rassistisch motivierten Repressalien gegenüber

jüdischen DDR-Bürgern in Erinnerung. Dies alles wurde beeinflusst von der gespannten internationalen Situation während des Korea-Krieges und der allgemeinen Furcht vor einem 3. Weltkrieg. Die Sowjetunion drängte auf schnelle Durchsetzung ihres Gesellschaftsmodells auch in der DDR. Die Auswirkungen dieses Drucks führten zur ersten tiefen Krise des jungen Staates. S. Prokop stellte in diesem Zusammenhang eine äußerst bedeutsame Quellengruppe heraus: Der Kulturbund machte im Februar 1953 als einzige Massenorganisation eine größere interne Erhebung zur Lage seiner Mitglieder und erhielt so ein realistisches und differenziertes Bild der sozialen Lage, der Stimmungen und Meinungen in der Intelligenz. Die Gewerkschaften verfügten hinsichtlich der Arbeiter nicht über derartige Erkenntnisse. Dieses Wissen und die Bereitschaft der politischen Führung, die Lage der Intelligenz zu verbessern, trugen wesentlich dazu bei, den Neuen Kurs für diese Schicht erfolgreich zu machen. Von Seiten der Intelligenz gingen am 16./17. Juni 1953 keine Unruhen aus.

In der dem Vortrag folgenden lebhaften Diskussion wurden einige Fragen vertieft, so wurde z.B. Zweifel angemeldet, ob es für eine Partei möglich ist, die Theorie in reiner Form umzusetzen. Auch wurde aufgrund eigener Erlebnisse das Zeitgefühl der 1950er Jahre vermittelt, in der u. a. das Ziel und das Bewusstsein der nationalen Einheit sehr lebendig war.

Dr. Ingrid Matschenz

Dagmar Pohle: Blick aus dem Amt – Blick in die Welt

Gerade (in der Nacht zum 28. Juni) bin ich von einer Reise auf Einladung der Jerusalem-Foundation für BürgermeisterInnen zurückgekommen und meine Eindrücke, Gedanken, Erfahrungen und Bilder im Kopf wirbeln noch durcheinander, aber morgen früh ist Redaktionsschluss von Marzahn-Hellersdorf links und die Redaktion wartet auf meinen Beitrag. Wo beginnen?

Seit knapp 45 Jahren setzt sich die von Teddy Kollek, Jerusalems legendärem Bürgermeister, gegründete Foundation für eine Stadt ein, die alle Menschen, ungeachtet ihrer Herkunft, vereint. Die überparteiliche Stiftung, in der seit 1975 auch Deutschland mit einem Ableger aktiv ist, wird von drei Grundsätzen geleitet: Ungeachtet der politischen Situation werden Juden, Araber und Christen weiter in der Region zusammenleben;

sie alle fühlen sich mit Jerusalem eng verbunden; das Zusammenleben aller ethnischen Gruppen fördert eine lebensfähige Stadt zum Wohle aller seiner BewohnerInnen.

Das Programm war voller Begegnungen mit Menschen und Orten, die von der Jerusalem Foundation Deutschland e. V. gefördert wurden und werden. So besuchten wir das Jerusalemer Viertel Kiriyyat Menachem, das zu den ärmsten und am dichtest besiedelten der Stadt gehört. Fast 40 % der Haushalte erhalten Sozialhilfe. Von den rund 17.500 EinwohnerInnen, die vorrangig aus den Ländern des Nahen Os-

tens und Nordafrikas, aus Äthiopien sowie der ehemaligen Sowjetunion stammen, sind fast die Hälfte unter 24 Jahre alt. Soziale Gefälle, niedrige Löhne und Arbeitslosigkeit, hohe Aussteigerquoten an den Mittel- und Oberschulen, kulturelle und religiöse Gegensätze, die Integration von großen Neueinwandererfamilien und politische Spannungen - alles in allem enorme



Herausforderungen für die Kommunalpolitik. Wir haben ein Gemeindezentrum erlebt, von der Jerusalem Foundation Deutschland e.V. gefördert, in dem es Lernprogramme für Einwandererkinder, Computer- und Sprachkurse, Projekte der Nachbarschaftshilfe u.v.m. gibt. Ein Jugendzentrum wurde errichtet, die *Sport-halle der Gemeinde erneuert (siehe Foto)* und Sommerlager für bedürftige Kinder konnten finanziert werden. Vieles von dem, was uns der Leiter des Gemeindezentrums und seine

KollegInnen erzählten, erinnerte mich an unser Quartiersmanagement, setze es doch auch auf verbesserte Lebensqualität, Hilfe zur Selbsthilfe und kommunale Selbstverwaltung.

Es gab Gespräche mit dem *Leiter des Jerusalemer Interkulturellen Zentrums (links im Foto)*, dessen Engagement für den multikulturellen Dialog und multikulturelle Projekte, die verschiedene Identitäten miteinander verbinden, beeindruckte, dem Bürgermeister der Stadt, der um die Entwicklungsbedarfe seiner Stadt weiß und sie gegen alle Widerstände angeht, mit einer Korrespondentin DER ZEIT, die uns in die komplexe Lebensrealität in Israel einführte und die Widersprüche und Konflikte nicht aussparte. Und wir trafen den deutschen Botschafter in Israel, der u. a. das

Engagement der Stiftungen - einschließlich der Rosa-Luxemburg-Stiftung - hervorhob. Wir waren in Bethlehem und der Altstadt. Und wir waren in Yad Vashem. Und mir ist noch einmal auf besonders eindringliche Weise bewusst geworden, wie wichtig es ist, dass sich junge Leute mit dem Holocaust beschäftigen und es die Reisen nach Sachsenhausen und Auschwitz gibt. Es gäbe so viel zu erzählen und gern bin ich bereit, es auch in den Basisgruppen zu tun!

Foto: Dagmar Pohle

Programmdiskussion in Marzahn-Nord

Petra Pau hatte am 23. Juni ins Atrium des Havemann-Centers zur Programmdiskussion eingeladen und trotz des spannenden Fußballabends waren rund 20 GenossInnen gekommen. Es war dies die zweite von der AG Politische Bildung organisierte Veranstaltung zum Parteiprogramm. Wir diskutierten über das gesellschaftliche Ziel, den Sozialismus, und die Diskussions-Teilnehmer stimmten Petra Pau zu, wenn sie sich dafür engagiert, dass in dem Programm-Entwurf weiterhin von demokratischem Sozialismus gesprochen wird. Mit Blick auf die Diskussionen um die DDR und den Stalinismus ist das wichtig. Da soll nichts verwaschen werden.

DIE LINKE als Bürgerrechtspartei – so stand es als Thema in der Einladung. Petra Pau ist auf diesem Gebiet sachkundig und von daher wächst ihr eine Verantwortung für das Werden des Programms zu. Dem voraus ging die Rede von Petra auf dem Berliner Landesparteitag im April, wo sie es würdigte, dass wir einen Programm-Entwurf haben. Darauf reagierte die „junge welt“ mit einem Artikel im Mai unter der Überschrift, „Der Kampf ist eröffnet – DIE LINKE soll Bürgerrechtspartei werden“.

Die Diskussionsrunde im Havemann-Center hat den Kampf nicht eröffnet. Mir fällt Fer-

dinand Lassalle ein, der Arbeiterführer, der vor anderthalb Jahrhunderten gewaltige Verdienste um die Entwicklung der deutschen Arbeiterpartei hatte. Er glaubte, die sozialistische Bewegung in einem Jahr zum Erfolg führen zu können; und als er erkannte, dass das Jahrzehnte dauern würde, sah er darin eine persönliche Niederlage.

Wir wissen heute mehr um die Geschichte der Linken, und auch, dass der Weg lang und steinig ist. Fritz Gläser berichtete, welche Mühe es kostet, Bürgerinnen und Bürger für die Mitarbeit in Initiativen zu gewinnen, wenn sie – wie hier in Marzahn-Nord – in sozialer Not sind. Ja, das Engagement der LINKEN für die Überwindung von Hartz IV und wachsender Kinderarmut ist unerlässlich, aber es gibt noch mehr Aufgaben für DIE LINKE – Frieden, Demokratie, Erhaltung der Natur, Freiheit, eben so wie die Bürgerrechte. Petra hat DIE LINKE als Bürgerrechtspartei bezeichnet. Wir sind auf alle Fälle eine Partei der Bürgerrechte, so wie wir auch eine Partei des Friedens und eine Partei der Demokratie sind. Mit diesen Erfahrungen diskutierten wir, dass DIE LINKE gleichermaßen soziale und Bürgerrechte einfordert.

Sabine Schwarz, die Sprecherin des Arbeitskreises Politische Bildung, hat weitere Diskussionen angekündigt. **Wilfried Maier**

Aus den Siedlungsgebieten: Einkaufszentrum in Mahlsdorf an der B1/ 5 in Planung

Eine Investorengruppe erwarb ein Grundstück in Mahlsdorf und plant, hier einen Edeka-Markt und eine Reihe von kleineren Läden zu errichten. Auf dem Gelände der ehemaligen BHG wollen Investoren zusätzliche Einkaufsmöglichkeiten schaffen. Ob diese notwendig und wirtschaftlich sind, werden der Wettbewerb und die kapitalistische Marktwirtschaft zeigen.

Das Bezirksamt hat am 30. März 2010 einen Beschluss zur Veränderung eines Bebauungsplanes für dieses Gelände beschlossen. Diese Planungen liegen nun den Bürgern und Bezirksverordneten zur Diskussion vor. Letztlich wird die BVV mit Beschlussfassung über die Planungen rechtlich entscheiden.

Das Gelände an der B1/5, östlich der Hönower Straße ist bisher als Gewerbe und Mischgebiet ausgewiesen. Hier sollen ein auf 1800 Quadratmeter begrenzter Edeka-Markt mit Bäcker, ein 1730 Quadratmeter umfassender Zoomarkt, einige kleinere Geschäfte aus den Bereichen Drogerie, Textilien sowie Reiterbedarf angesiedelt werden.

Die zwei unter Denkmalschutz stehenden Gebäude auf dem Gelände werden behutsam sa-

nziert und hier wollen die Investoren Tierärzte oder ähnliche Dienstleistungen ansiedeln. Auf dem Grundstück sollen 250 Parkplätze vorgehalten werden. Die Zufahrt und Abfahrt sollen über die Hönower Straße und die Straße An der Schule erfolgen. Mit der Errichtung dieses Einkaufszentrums wird die Infrastruktur in Mahlsdorf weiter gestärkt. Zumal der REWE Markt am Bahnhof Mahlsdorf in absehbarer Zeit keine Veränderungen plant. Die CDU nutzt dieses Vorhaben, um durch Polemik und gezielte Fehlinformationen die Anwohner zu beunruhigen. Es erinnert ein wenig an die Ansiedelung der Baumärkte und von Roller an der B1/5.

DIE LINKE wird sich sachlich mit den Planungen befassen und auf intelligente Verkehrslösungen drängen. Zugleich werden wir die Einwände von Bürgerinnen und Bürgern zu den ausgelegten Planungen ernsthaft prüfen und uns für mögliche Veränderungen stark machen. Bei jedem neuen Vorhaben gibt es Konflikte denen sich Investoren und Verwaltungen stellen müssen. Wir werden diesen Prozess offensiv unterstützen und damit den Ortsteil Mahlsdorf weiter stärken. **Klaus-Jürgen Dahler**
Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der BVV

Kurz berichtet:

Aus dem Bezirksvorstand

Die Mitglieder des Bezirksvorstandes unterstützen die veröffentlichte Position von Gregor Gysi zur Erstürmung der Flottille mit Hilfsgütern für den Gazastreifen durch israelische Soldaten. Über die SprecherInnenberatungen wurden die Basisorganisationen auf diese Pressemitteilung hingewiesen und gebeten, diesen Standpunkt zu unterstützen.

Wie auf der jüngsten Tagung der **Hauptversammlung** beschlossen, wollen wir auf einer weiteren **Tagung am 9. Oktober** die Diskussion zur sozialen Lage der Kinder und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf weiterführen. Zur gründlichen Vorbereitung führen wir dazu am **13. September, 18 Uhr**, im Kulturforum Hellersdorf, Carola-Neher-Straße 1, 12619 Berlin, eine **Basiskonferenz** durch. Sie wird sich speziell mit dem Thema „Bildung“ beschäftigen. Zur Debatte stehen unsere Positionen zur Ganztagschule, zur Sekundarschule und zur Gemeinschaftsschule. Diskutiert werden soll auch, wie im Bezirk Strukturen erarbeitet werden können, die eine effektive Zusammenarbeit von Kita, Schule und Jugendeinrichtungen gewährleisten. Dazu soll auch Beschlussentwurf (Antrag des Bezirksvorstandes) für die Hauptversammlung vorliegen.

Genosse Norbert Lüdtko, Bezirksstadtrat für Ökologische Stadtentwicklung, informierte den Bezirksvorstand ausführlich über aktuelle Aufgaben, darunter das Projekt „Aktionsräume plus“. Es umfasst fünf großräumige Gebiete Berlins, die durch komplexe Problemlagen gekennzeichnet sind. Eines dieser Gebiete ist „Nord-Marzahn/Nord-Hellersdorf“ – hinter dieser etwas ungewohnten Bezeichnung verbirgt sich im Wesentlichen nichts anderes als das Gebiet der Großsiedlungen Marzahn und Hellersdorf.

In diesen „Aktionsräumen plus“ wollen Senat und Bezirke ihre Aktivitäten konzentrieren, um die sozialräumliche und städtebauliche Entwicklung zu verbessern. Ziel ist es, den Bewohnerinnen und Bewohnern der benachteiligten Gebiete bessere Zukunftschancen zu erschließen. Das Thema Bildung hat dabei Priorität, um insbesondere jungen Menschen neue Perspektiven zu eröffnen. Leitgedanke ist Berlin als solidarische Stadt.

Interessenten finden ausführliche Informationen im Internet unter www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/aktionsraeume_plus.

Bernd Preußner

Gaukler der Wende

Sie wählen Parteien pro Profitgier-Diktatur trotzdem sehen sie sich als auserwählte Diktaturgegner unseriös finden sie Gaukler des Mittelalters: ohne Gauklerbehörde.

Jürgen Riedel

Linksjugend im Bundesvorstand

Ben Brusniak ist neuer Jugendpolitischer Sprecher im Parteivorstand

Auf dem Rostocker Bundesparteitag im vergangenen Mai ist der von der Linksjugend [‘solid’] nominierte Vertreter in den Bundesvorstand der Partei DIE LINKE gewählt worden. Ben Brusniak wurde 1982 in Heidelberg geboren. Der gelernte Krankenpfleger hat seine politische Sozialisation in der Friedens- und ArbeiterInnenbewegung sowie der antifaschistischen Arbeit erfahren. Seiner Ansicht nach ist unsere Partei noch immer nicht attraktiv genug für junge Leute, daher ist die Unterstützung der derzeitigen Bildungsproteste durch die Partei ein guter, ausbaufähiger Anfang.

Ben Brusniak sieht seine Aufgabe im Parteivorstand einerseits als Schnittstelle zwischen Jugend- und Studierendenverband und der Partei selbst. Andererseits als Vertreter

der Jugend, der deren Sichtweise in den politischen Mittelpunkt rücken möchte. Seine Erfahrungen im Bereich Organizing werden die Arbeit des Vorstandes bereichern und er wird diese auch nutzen, um das jugendorientierte Auftreten und Handeln der Partei zu fördern.

Mit Ben Brusniak als Jugendpolitischen Sprecher im Parteivorstand hat der Jugendverband einen Vertreter, der sich für die Belange junger Leute einsetzt und ein Ansprechpartner für alle sein wird.

Wir gratulieren ihm nochmals zu seiner Wahl und wünschen viel Erfolg für die Arbeit im Bundesvorstand der Partei DIE LINKE.

Linksjugend Marzahn-Hellersdorf



Die Krise hat System

Für ein krisenfreies Leben! - Am 12. Juni fand die Anti-Krisen-Demo statt

Entgegen der vorherrschenden Meinung resultieren Krisen in unserer gegenwärtigen Gesellschaft nicht aus persönlichen Fehlentscheidungen einzelner ManagerInnen oder Bankangestellter. Dann müssten diese einfach durch ‚kompetentere‘ ersetzt werden. Nein, sie sind meist Folge der Grundprinzipien dieses Systems.

Aufgrund der Konkurrenz muss ein Unternehmen immer so profitabel wie möglich agieren, denn es ist nicht bekannt, wie profitabel die anderen momentan wirtschaften. Muss es am Ende teurer verkaufen als die Konkurrenz, wird es womöglich Produkte auf dem Markt nicht los. Im schlimmsten Fall geht es irgendwann pleite. Um die stets drohende Pleite zumindest abzuwehren (verhindert werden kann sie nicht), werden immer, wenn möglich, Löhne gekürzt, wird entlassen, auf die Umwelt keine Rücksicht genommen usw. Unabhängig davon, ob die Chefetage das möchte oder nicht.

Für uns Menschen bedeutet das ein alltägliches Jeder-gegen-Jeden, ständige Sorgen um den Job, das Einkommen, also die Exi-

stenz. Wir schuften in Minijobs und schlecht oder gar unbezahlten Praktika. Mieten steigen, und wir werden aus der glattgeleckten Innenstadt an den Stadtrand verdrängt. Glück und Wohlstand kennen die meisten nur aus dem Fernsehen – und das in einem der reichsten Länder der Welt.



Statt den unmöglichen Versuch zu unternehmen, dieses Wahnsinnsystem zu ‚stabilisieren‘, fänden wir es sinnvoller, wenn der Zweck des Wirtschaftens nicht wäre, aus Geld mehr Geld zu machen, sondern dass die Bedürfnisbefriedigung der Menschen Ziel der gesellschaftlichen Tätigkeiten wären. Statt von absurden Sachzwängen des Marktes beherrscht zu werden, sollte es eine gesellschaftliche Verständigung darüber geben, wie und was gearbeitet wird.

Ein krisenfreies Leben für alle, ohne Existenzsorgen, Armut und Ellenbogengesellschaft ist möglich. Wir streiten dafür, dass es Wirklichkeit wird!

Am 12. Juni 2010 fanden in Berlin und Stuttgart bundesweite Demonstrationen gegen die krisenhafte Gesellschaft und das Sparpaket der Bundesregierung statt.

Weitere Informationen im Internet unter: www.solid-berlin.org

Linksjugend [‘solid’] Berlin

Veranstaltungen**Politischer Fröhschoppen**

» 11.7., 11 - 13 Uhr, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, mit Petra Pau (MdB), Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin

Basisgruppe 59

» 18.8., 18 Uhr, **Schloss Biesdorf**, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, Gast: **Petra Pau (MdB)**; Interessierte sind herzlich eingeladen!

Fiesta de Solidaridad

Jedes Jahr im Juli verwandelt sich die Lichtenberger Parkaue für einen Tag in ein kleines Kuba - die AG Cuba Sí feiert ihre traditionelle „Fiesta de Solidaridad“.

Auch diesmal werden interessante Gäste von der Insel erwartet: So wird der Leiter des Cuba-Sí-Milchprojektes in Pinar del Río, José Trujillo, über die neuesten Ergebnisse des Projektes informieren, und Kiko, der Frontmann der Rockgruppe Tendencia, berichtet über die Fortschritte eines von Cuba Sí unterstützten Kulturprojektes. Thema der großen Podiumsdiskussion werden die im Ausland lebenden Kubaner und ihre Sicht auf Kuba sein. Außerdem wird Cuba Sí den aktuellen Stand der Spendenaktion „Ein Bulldozer für Kuba“ bekanntgeben.



Wie in jedem Jahr gibt es auch wieder eine Menge Angebote für Kinder, Informationsstände zu Lateinamerika, viel kubanisches Essen und leckere Mojitos. Bei der Solidaritätstombola kann man mit etwas Glück ein Flugticket nach Havanna gewinnen.

Dazu gibt es traditionelle kubanische Musik (Son Batey), Tango (Renée la Cantactriz) und Flamenco (Zambra) - und natürlich wird Tendencia die Parkaue beben lassen. Das Konzert der Berliner Band The Love Bülow wird die Fiesta beschließen - für Nimmermüde gibt es aber noch eine After-Show-Party in der benachbarten „Linse“.

**Sonnabend, 24. Juli, ab 14 Uhr,
Parkaue Lichtenberg**

Hinten links**Korea-Krieg und Kalter Krieg**

Vor 60 Jahren, am 25. Juni 1950, begann der Koreakrieg.

Der Kalte Krieg hatte seinen ersten heißen Höhepunkt erreicht.

Der UN-Sicherheitsratsbeschluss vom 27.6.1950 kam in Abwesenheit der sowjetischen Vertreter zustande.

In der Folge kämpften UN-Truppen aus 15 Ländern unter Führung des US-Generals D. MacArthur (später unter M. B. Ridgeway) ab 15.9.1950 an der Seite der Südkoreaner. Die Nordkoreaner wurden materiell, waffentechnisch und beratend durch die Sowjetunion sowie personell von zahlreichen chinesischen Freiwilligen unterstützt.

Die Rüstungsindustrie erfuhr Hochkonjunktur - die militärtechnische Entwicklung (vor allem Flugzeuge) einen weiteren Schub.

Die Welt stand am Rande eines neuen großen Krieges.

Im Frühjahr 1951 stabilisierte sich die Front am 38. Breitengrad.

Am 27.7.1953 wurde in Panmunjom das Waffenstillstandsabkommen geschlossen, das bis heute seiner Vollendung durch einen Friedensvertrag harret.

Frage

Wer denkt noch daran, wenn jetzt beide, Nord- und Südkorea, ihre Fußballmannschaften ins WM-Turnier nach Südafrika schicken?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» 6.7., 20.7., 3.8., 17.8., 7.9. jeweils 19.30 Uhr Beratung des Bezirksvorstandes, im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Basisgruppensprecher-Beratungen

» 1.9., 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55

» 1.9., 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64

» 2.9., 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzstr. 24/26

» 2.9., 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

Freundeskreis / IG SeniorInnen

» 24.7., ab 14 Uhr, Parkaue Lichtenberg, Fiesta **Freundeskreis Cuba**

» 30.9., 15 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

» 6.7., 18.30 - 20 Uhr, **Wolfgang Brauer (MdA)**, **Petra Wermke (BVV-Vorsteherin)**, Bürgerzentrum Marzahn-NordWest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3a, 12689 Berlin

» 8.7., 10 - 13 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

» 8.7., 15 Uhr, **Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdA)**, Pflege-wohntzentrum Bansiner Str. 21, 12619 Berlin

» 14.7., 16 - 18 Uhr, **Petra Pau (MdB)**, Wahlkreisbüro, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 99289380

» 19.7., 17 - 18 Uhr, **Dagmar Pohle**, Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin für Soziales, und **Regina Kittler**, stv. Vorsitzende der Linksfraktion in der BVV und Vorsitzende des Ausschusses Siedlungsgebiete und Verkehr, Schloss Biesdorf, Turmzimmer, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin

» 27.9., 16 Uhr, **Dr. Margrit Barth (MdA)**, Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

Vor Ort

» 12.8., 18.30 - 20 Uhr, **Dr. Gabriele Hiller (MdA)**, beim **Promenadenbufett** in der Hellersdorfer Promenade, 12627 Berlin

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 54 12 130/9953508 - fax: 99901561)

Öffnungszeiten im Juli und August:

Dienstag	9 - 17 Uhr
Donnerstag	9 - 19 Uhr

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin
fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 28.6.2010. Auslieferung ab: 30.6.2010. **Druck:** Eigen gedruckt. „Marzahn-Hellersdorf links“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 2.9.2010 (Sommerpause August) und am 7.10.2010.